



Der Ostallgäuer CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke spricht im Nesselwanger Pfarrheim über die Zukunft der Rente. Foto: Matthias Wörz

„Das System ist anpassungsfähig“

Wie sicher ist die Rente? Darüber sprach MdB Stephan Stracke in Nesselwang. Warum wir in Zukunft wohl länger arbeiten müssen.

Von Matthias Wörz

Nesselwang Durch den demografischen Wandel werden künftig mehr Rentenempfänger auf jeden Einzahler kommen. Deshalb stellt sich die Frage: Wie sicher ist die Rente heute? So lautete auch der Titel eines Vortrags des CSU-Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke im Nesselwanger Pfarrheim. Eingeladen hatte die örtliche CSU. Mit Diagrammen und Statistiken machte Stracke deutlich, wie sich die Rente entwickelt hat und wohin die Reise geht. Dabei wurde klar, dass auf jüngere Generationen finanzielle Belastungen zukommen.

Dies wird schon durch den Altenquotient deutlich. Der gibt an, wie viele über 65-Jährige auf 100 Personen im Erwerbsalter kommen. Während dieser Wert 1990 noch bei 20 lag, lag er in den 2010er Jahren bei 30 – Tendenz steigend. Dabei ging man früher davon aus, dass diese Entwicklung noch rasanter gehen würde. „Schon im Jahr 1985 gab es ähnliche Diskussionen“, sagte Stracke. Damals sei eine große Reform durchgesetzt worden, die auch zu einer angepassten Berechnung der Rente und zu anderen Anrechnungszeiten führte. „Unser System ist anpassungsfähig.“

Letztlich fiel die Entwicklung aber nicht so drastisch aus, wie

vermutet wurde. „Die Gründe hierfür sind unter anderem Zuwanderung im Allgemeinen und die Tatsache, dass die Lebenserwartung nicht so stark gestiegen ist, wie ursprünglich angenommen“, erklärte Stracke. Das hat auch Einfluss auf die Prognosen für den Beitragsatz. „Die Prognosen sind im drastischsten Fall von einem Beitragsatz von 41,7 Prozent ausgegangen.“ Tatsächlich habe der Satz zuletzt aber stabil bei um die 18 Prozent gelegen.

Spätestens 2028 voraussichtlich werde der Beitragssatz auf 20 Prozent springen. Langfristig gehe man derzeit davon aus, dass er bis 2038 auf 21,4 Prozent ansteigen wird. Gleichzeitig sei davon auszugehen, dass das Rentenniveau von derzeit 48 auf 46 Prozent sinken wird. Wegen des Nachhaltigkeitsfaktors hätte das eigentlich schon früher passieren müssen. „Durch den Bundestagsbeschluss sind die 48 Prozent nun bis 2031 garantiert“, so Stracke. Finanziert werden soll dies vor allem durch Steuermittel.

In Zukunft soll die finanzielle Absicherung im Alter zu größeren Teilen durch private und betriebliche Altersvorsorge erfolgen als bisher. Mehr als ein Drittel der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten habe derzeit jedoch keine zusätzliche Altersvorsorge. „Wir müssen uns politisch überlegen, wie wir es schaffen, gerade kleine-

re Einkommen beim Sparen zu unterstützen.“ Zudem sei geplant, den Fokus langfristig mehr auf gesundheitliche Prävention zu richten. Dadurch soll unter anderem eine längere Arbeitszeit gewährleistet werden. Derzeit erfolgten 40 Prozent der Renteneintritte vor dem Erreichen des Rentenalters.

Wie sehr das Thema die Zuhörer beschäftigt, zeigten die etlichen Fragen im Anschluss. Unter anderem kam der Vorschlag auf, Beamte in das Rentensystem einzubeziehen. „Der Arbeitgeber, also beispielsweise der Freistaat Bayern, müsste dann auch eine betriebliche Altersvorsorge aufbauen. Das ist schlichtweg nicht finanzierbar“, sagte Stracke. Eine Idee sei es, die Beamten langfristig in ein eigenständiges und separates Rentensystem überzuführen.

Viele Anwesende blickten zudem kritisch auf das Rentenpaket vom Dezember. „Also werden wir langfristig mehr einzahlen müssen, im Alter weniger rausbekommen und sollen zusätzlich noch etwas beiseitelegen?“, versuchte ein Zuhörer das Gehörte zusammenzufassen. Stracke bejahte die Frage. „An der Rente wird sich das Wohl und Wehe von Deutschland nicht entscheiden“, meinte er. Entscheidender sei es, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu sichern. Dabei müsse man dann den gesamten Sozialversicherungsbeitrag betrachten.